

Auszug aus dem Bericht des Petitionsausschusses (Stadt) Nr. 38 vom 21. April 2023

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S20-368

Gegenstand: Kosten des Verkehrsversuchs Martinistraße

Begründung:

Der Petent bezieht sich auf Äußerungen des Bundes der Steuerzahler im „Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ - Ausgabe 2022. Darin wird Kritik an dem in der Martinistraße durchgeführten Verkehrsversuch geäußert. Zu den Einzelheiten sei auf den vollständigen Petitionstext beziehungsweise den per Paraphrase wiedergegebenen Textauszug aus dem „Schwarzbuch“ verwiesen.

Der Petent begehrt weiterhin, dass das geschilderte Problem grundsätzlich und allgemein gelöst und beantwortet werde, damit es sich zeitnah, zukünftig und dauerhaft nicht wiederhole.

Die Petition wird von 94 Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingeholt. Außerdem hatte der Petent die Möglichkeit, sein Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau macht mit ihrer Stellungnahme geltend, dass der Verkehrsversuch Martinistraße sinnvoll und notwendig war. Er basierte demnach auf politischen Gremienbeschlüssen und die Kosten blieben im zur Verfügung gestellten Rahmen. Die Ergebnisse wurden des Weiteren in den politischen Gremien diskutiert und flossen in die Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 ein, der inzwischen mehrheitlich beschlossen wurde.

Die Ausgangslage, das verfolgte Ziel und die einzelnen Zusammenhänge können einem umfassenden Evaluationsbericht zum Verkehrsversuch Martinistraße entnommen werden, der am 23.06.2022 der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde und als öffentlich zugängliches Gremiendokument auf der Website der Bremischen Bürgerschaft abrufbar ist.

Die Einschätzung der Ausschussmitglieder zum durchgeführten Verkehrsversuch ist heterogen. In der Tendenz wird er von den Mitgliedern der Koalition befürwortet und von den Mitgliedern der Opposition kritisch gesehen. Hierbei handelt es sich jedoch um unterschiedliche politischen Einschätzungen im Sinne einer retrospektiven Betrachtung.

Die Durchführung des Verkehrsversuchs basiert auf mehrheitlich gefassten Gremienbeschlüssen und ist insoweit jenseits einer politischen Wertung in Hinblick auf das formelle Zustandekommen nicht zu beanstanden.